

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 8 66 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 84

## Inhalt

Wolfgang Roth MdB und Ingrid Matthäus-Maier MdB zum Jahreswirtschaftsbericht 1989: Bundesregierung schreibt Arbeitslose ab und treibt Preise hoch.

Seite 1

Florian Gerster MdB zur einmütigen Forderung des Mainzer Landtages nach Senkung der Verteidigungslasten: Konsens-Modell Rheinland-Pfalz.

Seite 3

Karl Heinz Müller MdL zur Fortsetzung der Gauweiler-Linie in Bayern: CSU-Anti-Aufklärung in Sachen AIDS.

Seite 4

### Dokumentation:

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in einer Ausarbeitung die Negativ-Rekorde der Kohl-Koalition zusammengetragen. Wir dokumentieren diese Ausarbeitung im Wortlaut.

Seite 5

44. Jahrgang / 17

24. Januar 1989

Bundesregierung schreibt Arbeitslose ab und treibt Preise hoch

Zum Jahreswirtschaftsbericht 1989

Von Wolfgang Roth MdB und Ingrid Matthäus-Maier MdB  
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Der Jahreswirtschaftsbericht beweist, daß die Verbrauchsteuererhöhung der Bundesregierung die wirtschaftspolitische Fehlleistung des Jahres 1989 ist: Sie zementiert die Massenarbeitslosigkeit, treibt die Inflationsrate nach oben, dämpft die Konjunktur und verfestigt die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Die Bundesregierung hat damit die Chance verspielt, daß es nach der unerwartet günstigen Entwicklung 1988 in diesem Jahr erstmals zu einem nachhaltigen Abbau der Massenarbeitslosigkeit kommt. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt 1989 bei 2,2 Millionen bleiben.

Während die Lohnpolitik auch in diesem Jahr entscheidend zur Stabilität beiträgt, treibt die Erhöhung der Verbrauchsteuern um zehn Milliarden DM die Inflationsrate um rund ein Prozent nach oben. Die Arbeitnehmerinkommen, die Renten und die Leistungen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger werden dadurch um ein Prozent gekürzt. Auch dies zeigt beispielhaft die unsoziale Schlagseite der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung.

Die Bundesregierung gibt im Jahreswirtschaftsbericht zu, daß die Konjunktur 1988 von Sonderfaktoren begünstigt war. 1989 fällt das Expansionstempo durch die Verbrauchsteuererhöhungen wieder auf etwa 2,5 Prozent zurück.

Die Bundesregierung betrachtet noch immer allein quantitatives Wirtschaftswachstum als Maßstab für wirtschaftlichen Erfolg. Aber selbst gemessen an diesem eigenen Maßstab muß sie dem Sachverständigenrat Recht geben, daß das Wirtschaftswachstum nicht ausreicht, „um bei den großen unerledigten Aufgaben voranzukommen“.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfältigung  
mit schriftl. Erlaubnis  
Reprint-Verlag



Im Jahreswirtschaftsbericht 1989 fehlen wieder einmal überzeugende Konzepte wie

- die Massenarbeitslosigkeit überwunden werden kann;
- das Auseinanderklaffen der wirtschaftlichen Entwicklung in den Regionen überwunden und die sektoralen Strukturprobleme bewältigt werden können;
- die sozialen Sicherungssysteme dauerhaft saniert werden sollen;
- die soziale Dimension des Europäischen Binnenmarktes gesichert werden kann.

Vor allem aber fehlt jegliches Konzept für eine Verknüpfung von wirtschafts- und umweltpolitischem Denken. Wirtschaftswachstum muß ökologisch verträglich sein. Nur dann steigert es Wohlstand und Wohlbefinden der Menschen. Umweltpolitik, die auf die nachträgliche Beseitigung von Umweltschäden zielt, die durch Wachstum entstanden sind, genügt längst nicht mehr. Umweltpolitik muß heute Schäden vorbeugen und dazu den Markt als Steuerungsinstrument einsetzen. Notwendig sind klare staatliche Rahmenseetzungen, die marktwirtschaftliche Antriebskräfte für die Entwicklung von umweltverträglichen Produkten und Produktionsverfahren sowie für umweltverträgliches Verbraucherverhalten mobilisieren. Die SPD hat in den letzten Jahren überzeugende Konzepte dazu erarbeitet. Der Bundesregierung dagegen fehlt noch jegliches Verständnis für die ökologische Dimension unseres Wirtschaftens.

Im Jahreswirtschaftsbericht beklagt die Bundesregierung selbst die hohen Außenhandelsüberschüsse und spricht von der Notwendigkeit, sie zurückzuführen. Allerdings handelt sie nicht danach: Ihre Verbrauchsteueranhebung dämpft die Inlandsnachfrage und zementiert damit die gefährlichen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Unsere Handelsüberschüsse sind zum Großteil die Defizite unserer EG-Partner. Wir bremsen damit ihre Konjunktur und erzielen Wachstum auf ihre Kosten. Die Bundesregierung praktiziert damit das Gegenteil dessen, was die EG-Kommission seit Jahren fordert, nämlich eine „koordinierte Strategie für Wachstum und Beschäftigung“.

Die EG-Kommission hält eine solche Strategie für dringend erforderlich, damit die Beschäftigungswirkungen des Binnenmarktes größer werden. Die Bundesregierung aber dämpft die Konjunktur.

Der Jahreswirtschaftsbericht räumt jetzt auch ein, daß die Unternehmerklagen über den angeblich schlechten Standort Bundesrepublik, denen sich die Bundesregierung lange Zeit angeschlossen hatte, sachlich in keiner Weise stichhaltig sind. Nichts zeigt die Qualität des Standortes Bundesrepublik im Europäischen Binnenmarkt deutlicher als unsere enormen Handelsüberschüsse gegenüber unseren EG-Partnern. Für eine weitere pauschale Steuerentlastung der Unternehmen besteht daher kein Anlaß. Dies umso weniger als die Investitionsbedingungen nach dem Urteil der Bundesregierung schon heute „so gut wie lange nicht mehr sind“. Nicht pauschale Steuerentlastungen sind geboten, sondern gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Investitionstätigkeit, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.

(-/24.1.1989&vo-he/rs)

Konsens-Modell Rheinland-Pfalz

**Einmütige Forderungen nach Senkung der Verteidigungslasten**

Von Florian Gerster MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheit und Frieden der SPD Rheinland-Pfalz

Während im Deutschen Bundestag in der aktuellen Verteidigungspolitik eine tiefe Kluft zwischen Regierungskoalition und Opposition besteht, zeigt das Mainzer Landesparlament, daß es auch anders geht. Während Verteidigungsminister Rupert Scholz Ignoranz und Starrheit für Charakterstärke hält, finden in Rheinland-Pfalz die Landtagsparteien einen gemeinsamen Weg zur Vertretung der Interessen ihrer Bevölkerung gegenüber dem Bund und den Alliierten. In keinem anderen Bundesland ist die Belastung durch militärische Präsenz und Übungen höher, in keinem Land ist die Reduzierung dieser Lasten dringlicher, um die Akzeptanz der Verteidigung zu verbessern.

1. Der Landtag in Mainz hat als erstes Parlament in der Bundesrepublik einen wirksamen Beschluß zur drastischen Reduzierung militärischen Tiefflugs gefaßt:
  - 300 Meter Mindestflughöhe,
  - Verbot von Luftkampfübungen über bewohntem Gebiet,
  - Entwicklung eines Verteidigungskonzeptes, das Tiefflugübungen überflüssig macht.

Dieser auf Antrag der SPD verabschiedete einmütige Forderungskatalog scheiterte im Plenum des Bundesrates, nachdem er in zwei Ausschüssen der Länderkammer eine Mehrheit gefunden hatte.

2. Der Schock der Katastrophe auf dem Flugtag in Ramstein 1988 war nicht nur von befristeter Wirkung. Alle Parteien in Mainz sind sich einig, daß es Vorführungen mit Düsenmaschinen bei zivilen und militärischen Flugtagen grundsätzlich nicht mehr geben darf. Deshalb hat die Landesregierung auch die Empfehlungen der Steinhoff-Kommission als unzureichend abgelehnt.
3. In der vergangenen Woche verlangten CDU, SPD, FDP und Grüne im Landtag einmütig den vorzeitigen Abzug amerikanischer Chemiewaffen (vor 1992) und das generelle Verbot einer späteren erneuten Lagerung von C-Waffen auf rheinland-pfälzischem Boden. Diese Forderung geht deutlich weiter als das, was Bundeskanzler Kohl in Washington erreichen konnte.

Das Vertrauen der Bürger in Problembewußtsein und Handlungsfähigkeit der Politik wird durch solche Beispiele parteiübergreifender Kooperation gestärkt. In Bonn herrscht dagegen bei denselben Themen nutzlose Polemik, vordergründiger Aktionismus und mühsam kaschierte Unbeweglichkeit. Nicht einmal zu dem Minimalkonsens, den erwiesenermaßen gesundheitsschädlichen 75-Meter-Tiefflug abzuschaffen, konnten sich die Regierungsfaktionen durchringen. Die Menschen in den betroffenen Regionen müssen darunter leiden.

(-/24.1.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

**CSU-Anti-Aufklärung in Sachen AIDS**

Zur Fortsetzung der Gauweiler-Linie in Bayern

Von Karl Heinz Müller MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag  
Stellvertretender Vorsitzender der AIDS-Kommission im Bayerischen Landtag

Die CSU-Staatsregierung steht mit ihren Forderungen nach Zwangsmaßnahmen zur Bekämpfung von AIDS unter den Bundesländern völlig allein und hat sich auch international isoliert. Auch nach der Entmachtung des Hardliners Gauweiler bleiben Innenminister Stoiber und sein Staatssekretär Beckstein bei der bisherigen rigiden Linie: AIDS-Politik ohne Augenmaß und Vernunft. Und wenn die CSU-Staatsregierung einmal über die tödliche Immunschwächekrankheit aufzuklären versucht, dann ist dies völlig unzulänglich und halbherzig. Dies hat sich jetzt gezeigt, als Sozialminister Gerhard Glück einen neuen 30-Minuten-Film „AIDS in der Schule“ vorstellte.

Ich fordere als stellvertretender Vorsitzender der AIDS-Kommission die Staatsregierung auf, ihre Berührungsgänge gegenüber der vom Landtag eingesetzten Kommission abzulegen. Diese interfraktionelle Untersuchungskommission muß eingeschaltet werden, bevor solche einseitigen Filme produziert werden und bayernweit in den Schulklassen nur die halbe Wahrheit über die Infektionswege verbreiten. Die 100.000 Mark, die der Film „AIDS in der Schule“ gekostet hat, sind in den Sand gesetzt, ringt der Film doch bei der Jugend wegen des geringen Informationsgehaltes nur ein müdes Lächeln ab.

Doch dies hat offensichtlich bei der CSU-Anti-Aufklärung in Sachen AIDS bereits Tradition. Die unrühmlichen AIDS-Kino-Spots, noch unter Gauweilers Regie entstanden, sorgten für Desorientierung und Erheiterung des jugendlichen Publikums. Jetzt, mit neuen Aufklärungsfilmen an den Schulen, wäre eine Chance zum Neuanfang gewesen. Doch die Staatsregierung hat dies wieder nicht genutzt. Statt sich mit den Vertretern der AIDS-Kommission an einen Tisch zu setzen, um adäquate Aufklärungsschriften und -filme zu produzieren, beharrt die Staatsregierung weiterhin auf ihrer alleinseligmachenden Betonpolitik bei der Bekämpfung von AIDS.

Die AIDS-Kommission, die bei der Diskussion um die Eindämmung der tödlichen Viruskrankheit moderatere Töne anschlägt, ist der Staatsregierung offensichtlich suspekt. Darf man auf diese Parlamentarier nicht zugehen, weil die ja für ein AIDS-Aufklärungsmaterial plädieren würden, das - anders als „AIDS in der Schule“ - nicht an der Realität vorbeigeht, jugendliche Sexualität auszuklammern, sondern alle Hauptübertragungswege bei einer HIV-Infektion aufzeigen würde?

Doch die Berührungsprobleme der CSU-AIDS-Antiaufklärer sind nichts Neues: Stoiber und Co. fürchten das AIDS-Aufklärungsmaterial des Bundes und ihrer christlichen Parteifreundin Süßmuth wie der Teufel das Weihwasser. Und da paßt es in diesem Zusammenhang ganz gut, der AIDS-Kommission nur eine Alibifunktion zuzuweisen.

(-/24.1.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**

---

**40 Jahre Bundesrepublik: Nicht nur ein Grund zum Feiern**

---

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in einer Ausarbeitung die Negativ-Rekord der Kohl-Koalition zusammengetragen. Wir dokumentieren diese Ausarbeitung im Wortlaut.

Zum Jahresbeginn 1989 läßt sich eine anhaltende Weltwirtschaftskonjunktur feststellen. Die wirtschaftliche Lage hat sich im Vorjahr günstig entwickelt. Ölpreisrückgang um rund 75 Prozent in den vergangenen sechs Jahren, drastisch gefallene Rohstoffpreise und hohe Wachstumsraten in den wichtigsten Industrieländern gehörten zu den Ursachen hierfür. Nicht nur die Sachverständigen, auch die Bundesregierung mußte deshalb alle früheren Prognosen nach oben korrigieren. Diese Entwicklung ist erfreulich - und es ist sogar verständlich, daß die Kohl-Koalition diese Entwicklung für sich in Anspruch nehmen und den Eindruck erwecken will, sie werde unbegrenzt fort dauern, ließe man sie nur weitermachen.

Umso bedrückender sind deshalb - auf dem Hintergrund dieser günstigen weltwirtschaftlichen und der dadurch bedingten konjunkturellen Lage - die Negativ-Posten der derzeitigen Regierung. Sie haben ihre Ursachen nicht in wirtschaftlichen Zwangsläufigkeiten, sondern in den politischen Entscheidungen. Bewußte Untätigkeit und Fehsteuerungen durch die Bonner konservativ-liberale Koalition führten auf entscheidenden Gebieten zu den schlechtesten Werten seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland vor 40 Jahren.

Das sind die bittersten Negativ-Rekord seit 1949:

**Erstens:**

---

Ende Dezember 1988 waren 2,2 Millionen oder 8,5 Prozent aller abhängig Beschäftigten als Arbeitslose registriert. Mehr als ein Drittel der gemeldeten Arbeitslosen erhält jetzt weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Die Arbeitslosigkeit liegt dadurch auch im sechsten Jahr der Kohl-Regierung - nach einem langen weltweiten Aufschwung - um fast 400.000 höher als am Ende der Regierungszeit von Helmut Schmidt.

**Zweitens:**

---

Die Zahl der Menschen, die laufend Sozialhilfe zum Lebensunterhalt beziehen, ist seit 1982 von 1,56 Millionen um 680.000 auf 2,24 Millionen im Jahre 1988 gestiegen. Dementsprechend sind im gleichen Zeitraum auch die Sozialhilfenaufwendungen der Gemeinden gestiegen: Von 16,3 Milliarden DM auf 23,1 Milliarden DM. Die Aufwendungen steigen weiter.

Im Vergleich zur Gesamtzahl der Haushalte, die Sozialhilfe beziehen, hat sich der Anteil der Haushalte, die wegen Arbeitslosigkeit eines oder mehrerer Mitglieder auf Sozialhilfe angewiesen sind, von 17,4 Prozent im Jahre 1981 auf 36,8 Prozent im Jahre 1988 erhöht. Daraus ergibt sich, daß ein großer Teil der Zunahme von Sozialhilfempfängern auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist.

**Drittens:**

---

Die Abgabenbelastung des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens ist von 39,3 Prozent im Jahre 1982 auf 42,5 Prozent im Jahre 1987 gestiegen.

Vom Weihnachtsgeld eines verheirateten Durchschnittsverdieners sind 1988 etwa 37 Prozent für Steuern und Abgaben abgezogen worden, bei einem ledigen Durchschnittsverdiener über 46 Prozent. Noch nie waren die Belastungen des Weihnachtsgeldes so hoch wie in der Amtszeit der Kohl-Koalition. Es soll noch schlimmer kommen: 1990, nach dem Wegfall des Weihnachtsfreibetrages, wird ein lediger Durchschnittsverdiener sogar 54,3 Prozent seines Weihnachtsgeldes für Steuern und Abgaben aufwenden müssen, ein verheirateter Durchschnittsverdiener immerhin auch noch fast 42 Prozent.

Vom Zuwachs ihres Bruttoeinkommens von 180 Milliarden DM zwischen 1982 und 1987 blieben den Arbeitnehmern nach Abzug von 62 Prozent für Steuern und Abgaben 68 Milliarden DM. Im gleichen Zeitraum wurden Unternehmern und Vermögensbesitzern von einem Einkommenszu-

wachs von 167,5 Milliarden DM nur 8,2 Milliarden DM, also nur 4,9 Prozent, abgezogen. Noch nie hat sich Reichsein so ausgezehrt wie unter dieser Kohl-Regierung.

**Viertens:**

1989 stieg die Steuerlast in der Bundesrepublik Deutschland durch die Anhebung der Verbrauchssteuern und durch die Einführung der Quellensteuer um 13 Milliarden DM. Das ist die größte Steuererhöhungsmaßnahme seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Mit 521 Milliarden DM wird die steuerliche Belastung 1989 zur höchsten seit 1949.

**Fünftens:**

Die Lohnsteuerquote stieg von 16,1 Prozent (1982) auf 17,8 Prozent (1988). 1989 wird die Lohnsteuerquote auf 18,3 Prozent steigen.

**Sechstens:**

Die Rentenversicherungsbeiträge liegen seit 1. Januar 1987 bei der Rekordmarke von 18,7 Prozent. Die Bundesregierung hat sogar weitere Erhöhungen angekündigt. 1982 lagen die Rentenversicherungsbeiträge noch bei 18 Prozent.

**Siebtens:**

Anfang 1988 sind die durchschnittlichen Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung auf 13,1 Prozent gestiegen. Die Belastungen werden weiter steigen.

**Achtens:**

Die Finanzierungsmittel der Bundeshaushalte - Ausgaben, die nicht durch ordentliche Einnahmen gedeckt sind - belaufen sich für die Jahre 1983 bis 1987 auf 188 Milliarden DM. Keine Bundesregierung hatte je in einem Fünfjahres-Zeitraum seit 1949 eine größere Finanzierungslücke zu verantworten.

**Neuntens:**

Die Investitionsquote des Bundeshaushaltes sinkt kontinuierlich. Nach der letzten mittelfristigen Finanzplanung des Bundes wird sie 1992 nur noch 11,8 Prozent betragen.

**Zehntens:**

Die Subventionen des Bundes durch Finanzhilfen und Steuerhilfen, deren Senkung zu den wesentlichsten Wahlversprechen der Kohl-Koalition gehört haben, sind 1988 mit 31,7 Milliarden DM auf den höchsten Stand seit 40 Jahren gestiegen. Der Trend geht weiter: Für 1989 hat die Bundesregierung für ihren Bereich Subventionen in Höhe von 33,4 Milliarden DM vorgesehen.

**Der schlimmste Negativrekord:**

Unter der Verantwortung der Kohl-Koalition hat seit 1982 die größte Einkommensumverteilung seit 40 Jahren stattgefunden. Seit 1982 sank nämlich der Anteil der Arbeitnehmer am gesamten Netto-Einkommen von 66,3 Prozent um acht Prozent auf 58,3 Prozent. Das ist der niedrigste Anteil der Arbeitnehmer am gesamten Netto-Einkommen seit 1950. Gleichzeitig stieg der Anteil der Unternehmer und Vermögensbesitzer am gesamten Netto-Einkommen von 33,7 Prozent um acht Prozent auf 41,7 Prozent.

Wir malen durchaus nicht schwarz, wenn wir eine solche Politik als sozial ungerecht, beschäftigungsfeindlich und unverantwortlich brandmarken. Aber diese bedrückende Bilanz von Negativrekorden nach 40 Jahren Bundesrepublik belastet vor allem die breiten Schichten unserer Bevölkerung und provoziert die Betroffenen.

Die Negativ-Rekorde müssen verschwinden. Der Bundesregierung fehlen dazu der Wille und die Kraft. Sie ist konzeptionell erschöpft. Ihren Vertrauenskredit hat sie in Bund und Ländern nahezu aufgebraucht. Unser Konzept zur Lösung der Probleme liegt auf dem Tisch. Es ist ein Konzept der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit, der ökonomischen, humanen und ökologischen Optimierung des Sozialprodukts. Es ist das Konzept eines besseren Weges.

(-/24.1.1989/va-he/rs)